



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 25. April 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- 16 Fliehende ertranken gestern in der Ägäis. Zwölf Menschen auf der Insel Lesbos traten aus Protest gegen die Situation im Lager Moria in den Hungerstreik.
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/vor-der-insel-lesbos-16-fluechtlinge-sterben-bei-tragedie-in-der-aegaeis/19711704.html> (24.04.17)
- Im Norden Afghanistans haben die Taliban einen Militärstützpunkt der afghanischen Armee angegriffen, mehr als 140 Menschen sterben. Die Bundeswehr ist seit Jahren in dem Teil des Landes stationiert. Die Bundesregierung argumentiert, Afghanistan sei sicher, Menschen könnten dorthin abgeschoben werden.
<https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-taliban-angriff-fuenfzig-tote-103.html> (22.04.17)
- Die EU-Agentur Frontex, die Menschen vom Fliehen abhalten soll, kritisiert private Rettungsorganisationen, die auf dem Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken bewahren. Sie würden das Geschäft der Schlepper*innen bedienen, teilweise sogar mit ihnen zusammenarbeiten. Diese Vorwürfe wurden nicht belegt. Frontex-Chef Fabrice Leggeri vergisst, dass wenn die EU-Mitgliedsstaaten die italienische Rettungsoperation Mare Nostrum im Jahr 2014 verlängert hätten, private Initiativen weitestgehend hätten ausbleiben können.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-im-mittelmeer-frontex-kritisiert-private-fluechtlingsretter-im-mittelmeer-1.3467875> (19.04.17)
- In der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen gewinnt der sozialliberale Kandidat Emmanuel Macron mit 23,8%, die rechtsradikale Marine Le Pen holt 21,5%. Sie treten im zweiten Wahlgang am 07. Mai gegeneinander an.
Nachzulesen im Medium der Wahl.
- Deutschland nimmt im Rahmen des EU-Türkei-Deals die meisten Fliehenden auf. Von gerade einmal 4.884 Aufgenommenen sind 1.768 nach Deutschland gekommen. Griechenland schob vergangene Woche 60 Fliehende in die Türkei ab. Insgesamt mussten sich bereits 1.196 Menschen in dem Land wiederfinden.
<https://www.nzz.ch/international/asylpolitik-griechenland-schickt-60-migranten-in-die-tuerkei-zurueck-ld.1287991> (20.04.17)
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/eu-tuerkei-abkommen-fluechtlinge-deutschland> (22.04.17)

- Der Journalist italienischer Staatsbürgerschaft Gabriel Del Grande ist wieder frei. Für 14 Tage befand er sich in der Türkei in Haft. Insgesamt sitzen nach wie vor 120 bis 150 Journalist*innen im Gefängnis. Erst letzte Woche sollen wieder mehrere festgenommen worden sein.

<http://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-l%C3%A4sst-italienischen-journalisten-wieder-frei/a-38558922> (24.04.17)

Bund, Land, Kommune

- Erneut beklagt ein Verwaltungsrichter die hohe Belastung, die sich durch Klagen von Schutzsuchenden gegen die oft schlampigen und pauschalen Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ergebe. Diesmal ist es Robert Seegmüller, Richter am Bundesverwaltungsgericht und Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Verwaltungsrichter. Warum ein Dresdner Anwalt, der sich auf Asyl- und Aufenthaltsrecht spezialisiert hat, die Gründe für die Klagen im Bezug von Sozialleistungen oder Gesundheitsversorgung sieht, ist schleierhaft. Es ist davon auszugehen, dass die Menschen einen Grund zum Fliehen hatten, keinen Grund zum Ankommen.

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/zunahme-klagen-bei-abgelehntem-asylbescheid-100.html> (24.04.17)

- Die Zahl der Schutzsuchenden afghanischer Staatsbürgerschaft, die in Deutschland einen Schutzstatus erhalten, ist auf knapp 48% gesunken. Im vergangenen Jahr waren es noch 60,5%. Am Münchner Flughafen demonstrierten gestern 60 Menschen gegen Abschiebungen nach Afghanistan. Gestern Abend sollte wieder eine Sammelabschiebung stattfinden, Informationen dazu liegen noch nicht vor.

http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-immer-weniger-afghanen-erhalten-asyl.1939.de.html?drn:news_id=736944 (24.04.17)

http://www.deutschlandfunk.de/flughafen-muenchen-protest-gegen-abschiebungen-nach.1939.de.html?drn:news_id=737279 (25.04.17)

- Die AfD hielt am Wochenende ihren Bundesparteitag ab. Parteivorsitzende Frauke Petry wollte, dass die Partei nicht ganz so nazi sei, das sahen die Delegierten aber anders. Als Spitzenduo in den Wahlkampf ziehen Alexander Gauland und Alice Weidel. Das Parteiausschlussverfahren gegen Bernd Höcke wurde eingestellt. Allgemein wird kommentiert, Petry sei demontiert.

Einen Überblick über die inhaltliche Ausrichtung gibt der *MDR*, Kategorisierung erfolgt durch den SFR:

- Rassismus und Islamophobie:
 - „Kriminelle Migranten“ (wie auch immer definiert) sollen ausgebürgert werden, das heißt, ihnen soll der deutsche Pass entzogen werden. Verfassungsmäßig ist das garantiert nicht. Weiterhin forderte Spitzenkandidatin Weidel, denjenigen Menschen mit deutscher und türkischer Staatsbürgerschaft, die beim Verfassungsreferendum der Türkei mit Ja gestimmt hätten, ihre deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen. Unabhängig davon, wie die Stimmabgabe mit Ja bewertet wird – auch das dürfte der deutschen Verfassung widersprechen.
 - Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen, Verbot der Vollverschleierung, Verbot des Minarets und des Muezzin-Rufs.
- Nationalismus:
 - Aussetzung jeglichen Familiennachzugs Geflüchteter sowie eine jährliche Abschiebequote.
 - Volksentscheide. Auch zum Verbleib der Bundesrepublik in der Europäischen Union.
 - Der Euro muss weg.
 - Die ganze Welt kennt den Zweiten Weltkrieg, die Shoah, den Porajmos und noch einige andere Verbrechen gegen die Menschheit, die in dem Ausmaß noch nie zuvor

und danach geschehen sind und alle in gewissen zwölf Jahren verübt wurden. Vor allem weiß die Welt, welcher Name welcher Nation für immer damit verbunden bleiben wird solange Menschen meinen, sich in Nationen organisieren zu müssen (und selbst wenn das nicht mehr der Fall sein sollte bleibt immer noch der Zivilisationsbruch). In Deutschland aber, dessen Davor und Danach ohne Auschwitz gar nicht erklärt werden kann, sollte sich Erinnerung nach Ansicht der AfD auf diese Verbrechen nicht „verengen“.

- Sexismus:
 - Klassisches Familienbild (denn alles andere bedeutet die Selbstabschaffung des deutschen Volkes)
- Starker Staat:
 - Strafmündigkeit soll ab zwölf Jahren gelten.
 - Erwachsenenstrafrecht ausnahmslos ab 18 Jahren.
 - Gesichtserkennungssoftware soll an Orten mit hoher Kriminalität eingesetzt werden.
- Schlanker Staat:
 - Senkung der Mehrwertsteuer um 7%, Abgabenbremse für Steuern, Beiträge und Gebühren, Abschaffung der Erbschaftsteuer.
- Dummer Staat:
 - Der Klimawandel ist nicht vom Mensch verursacht. Deswegen sind alle Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz hinfällig.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-parteitag-in-koeln-die-demontage-der-frauke-petry-1.3474189> (22.04.17)

<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/afd-wahlprogramm-108.html> (23.04.17)

- Das Bundesinnenministerium hat seine Kriminalitätsstatistik vorgestellt. Gestiegen ist die Zahl der Straftaten von Zuwander*innen. Dass diese Aussage aber einen komplexen Sachverhalt beschreibt, der nicht fehlinterpretiert werden sollte, erklärt der Kriminologe Dirk Baier:
 - Wenn die absolute Zahl Ankommender steigt, steigt auch die absolute Zahl der Straftaten aus dieser – das darf nicht vergessen werden – ausgesprochen heterogenen Gruppe. Das ist ganz logisch.
 - Junge Männer im Alter von 14 bis 30 Jahren sind besonders anfällig für Kriminalität. Unter Menschen deutscher Staatsbürgerschaft beträgt ihr Anteil zehn Prozent, unter den neu Angekommenen macht diese Gruppe ein Drittel aus.
 - Die aussichtslose Perspektive, die Menschen bestimmter Staatsbürgerschaften auf einen Schutzstatus in Deutschland haben, begünstigt Kriminalität. Die faire Prüfung von Asylverfahren könnte dem entgegenwirken.
 - Die Bereitschaft, rassistischerweise als „fremd“ markierte Menschen anzuzeigen, ist erwiesenermaßen doppelt so hoch als Menschen anzuzeigen, die als „zugehörig“ wahrgenommen werden.
 - Zudem seien Anzeigen nicht gleich Gerichtsurteile. Ob die Kriminalität wirklich höher sei könne eigentlich nur ein Blick auf die Verurteilungen dann von tatsächlichen Straftäter*innen zeigen.
 - Es gäbe keinen Grund panisch zu werden. Präventionsarbeit habe auch in vergangenen Jahren ihre Wirkung gezeigt. Nur müsse in sie investiert werden.

Von SFR-Seite sei hinzugefügt, dass gewisse Straftaten nur von Nicht-Deutschen verübt werden können wie beispielsweise die Verletzung der problematischen Residenzpflicht. Zudem ist auch die zentrale Unterbringung von teils traumatisierten Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften in keiner Weise hilfreich bei der Kriminalitätsbekämpfung, vor allem aber nicht bei der menschenwürdigen Unterbringung.

<http://www.sueddeutsche.de/panorama/straffaellige-fluechtlinge-fuenf-punkte-in-denen-die-kriminalstatistik-oft-missverstanden-wird-1.3476608> (24.04.17)

- 90% der deutschen Firmen unternehmen keine Anstrengungen, Geflüchtete anzustellen. Dies trotz Umfragen, die zeigen, dass Arbeitgeber*innen in den Ankommenden eine Chance sehen, den Fachkräftemangel zu lindern. 465.000 Geflüchtete sind als arbeitssuchend gemeldet. Probleme bereite den Unternehmen einmal das Gewirr von Behörden und ihren Zuständigkeiten. Darüber hinaus fehle es an Sprachkursen für die Geflüchteten sowie an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen für diejenigen mit geringer oder keiner Schulbildung.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-04/fluechtlinge-arbeitsmarkt-integration-jobsuche> (19.04.17)
- Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kürzt das Programm, mit dem verpflichtende Jobs mit einer Bezahlung von weniger als einem Euro für Menschen im Asylverfahren finanziert wurden. 25.000 Anträge auf die Jobs wurden gestellt, geplant waren 100.000. Das Ministerium begründet die geringen Zahlen mit der kürzeren Asylverfahrensdauer. Das Budget wird von 300.000 Millionen auf 60 Millionen Euro reduziert. Die Grünen kritisieren, dass die 240 Millionen Euro Differenz nicht den Geflüchteten zu Gute kommen würden sondern in den Verwaltungsetat der seit Jahren unterfinanzierten Jobcenter fließe.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-04/asylpolitik-fluechtlinge-jobs-arbeitsamt-andrea-nahles> (20.04.17)
- Erstmals treffen sich in München Ehrenamtliche, die Geflüchtete unterstützen. 1.500 von ihnen demonstrierten dagegen, dass die „Willkommenskultur“ durch eine Abschiebekultur ersetzt werde und sprechen sich für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/asylpolitik-fluechtlingshelfer-sind-frustriert-1.3475123> (23.04.17)
- Dubiose Unternehmen machen Geflüchtete zum Ziel illegaler Geschäfte, zum Beispiel werde ein einfaches „Ja“ zu einer „kostenlosen Kreditkarte“ als Zustimmung zu einem Vertrag gewertet. Diese Art von Telefonwerbung sei nicht erlaubt, so der Bundesverband der Verbraucherzentralen.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/verbraucherschuetzer-geschaeftemacher-zocken-fluechtlinge-ab-a-1143815.html> (19.04.17)
- Im Mai letzten Jahres fesseln vier Männer im sächsischen Arnsdorf einen psychisch kranken Geflüchteten an einen Baum. Der Schutzsuchende hatte damals nachdrücklich verlangt zu wissen, warum das Guthaben seiner SIM-Karte aufgebraucht sei. Weder auf dem aufgenommenen Video noch durch die Polizei konnte damals eine Bedrohung festgestellt werden. Umso mehr zeigt das Video, wie rabiät und brutal die vier Männer vorgehen. Der Geflüchtete wurde am Ostermontag in einem Waldstück tot aufgefunden, bereits im Januar war er dort erfroren. Er sollte als Zeuge im Prozess gegen die vier Männer aussagen. Die Verhandlung stellte das Amtsgericht Kamenz heute wegen „geringfügiger Schuld“ ein. Es überrascht kaum, dass die sächsische Justiz zwischen Biodeutschen und „Anderen“ unterscheidet. Dass aber selbst das staatliche Gewaltmonopol gegen Bürgerwehren nicht mehr verteidigt wird, ist dann aber doch eine Neuigkeit.
<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/vorbericht-zu-prozess-in-arnsdorf-wegen-freiheitsberaubung-100.html> (24.04.17)
- In Sachsen leben 970 Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen, Kapazitäten bestehen für 5.200. Die politisch Verantwortlichen wollen den Abbau aber nicht weiter vorantreiben. Sie wollen auf möglicherweise wieder steigende Zahlen Ankommender vorbereitet sein.
<http://www.mdr.de/sachsen/leere-erstaufnahmeeinrichtungen-sachsen-100.html> (22.04.17)

Hintergrund und Meinung

- Heribert Prantl von der *SZ* kommentiert in diesem Video, dass die AfD nun von Rechtsaußen nach Ganzrechtsaußen gerückt sei. Dass das Parteiausschlussverfahren gegen Bernd Höcke beendet wurde, sei das prominenteste Beispiel dafür. Sein Jargon sei eindeutig der der Nazis. Die AfD sei geschichtsvergessen, ihr Wahlkampf sei unter das Motto „Für das Vergessen und gegen Demokratie“ zu stellen.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-parteitag-die-afd-rueckt-von-rechtsausen-nach-ganzrechtsausen-1.3477082> (24.04.17)
- Die Kriminalitätsstatistik berge politischen Zündstoff schreibt Konrad Litschko in der *taz*. Er aber sieht eine Chance in der Statistik, die Debatte zu versachlichen. Er bringt zwei weitere Argumente: es seien oftmals Mehrfachtäter*innen die die Zahlen hochtreiben. Weiterhin sei es nicht überraschend, wenn in Großunterkünften Konflikte entstehen. Die Nationalist*innen sollten vorsichtig mit der Instrumentalisierung der Statistik sein denn sie zeige auch: die Straftaten mit rechtem Hintergrund seien auf einen neuen Höchststand gestiegen.
<http://www.taz.de/Kommentar-zur-Kriminalitaetsstatistik/!5399537/> (24.04.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe